

Eine proletarische Geschichte Deutschlands: Hans (Johannes) Stetter (1885-1963)

Uwe Fuhrmann

Auf den folgenden Seiten findet sich eine biografische Skizze des Stuttgarter Gewerkschafters Hans (Johannes) Stetter. Sein Lebenslauf entfaltet ein Panorama an Lebenswelten, die im Rückblick meist ganz verschiedenen Epochen zugeordnet werden. Es löst Erstaunen aus, was in eine einzige Biografie passt: Geboren wird Stetter in quasi-feudalen Zuständen im Örtchen Wain am Neckar, er verbringt einige Jahre im Armenhaus, geht als Handwerker zu Fuß auf die Walz, politisiert sich, erlebt den Internationalen Sozialistenkongress in Stuttgart 1907, ist Aktivist in der Novemberrevolution und hat später zahlreiche Funktionen in USPD, KPD und SPD inne. Stetter ist Gewerkschaftssekretär zur Zeit der Machtübernahme der Nationalsozialisten, übernimmt im Mai 1945 die Leitung des Arbeitsausschusses in Stuttgart-Untertürkheim, und ihm wird im Herbst 1948 persönlich von US-General Lucius D. Clay mit dem Verbot der Gewerkschaften gedroht. Später wird er Stadtrat in Stuttgart, entwickelt sich zum sozialdemokratischen Multifunktionär und ist schließlich Anfang der 1950er-Jahre in einen der ersten großen Finanzskandale der BRD (Klett-Bürkle) involviert.

Einige seiner sieben Geschwister weisen ähnliche politische Biografien auf, vor allem David und Georg Stetter sind hier zu nennen.¹ Stetter spielte als politischer Mensch und Gewerkschafter eine aktive, teilweise exponierte Rolle in zahlreichen politischen Auseinandersetzungen der deutschen Geschichte zwischen 1905 und 1959. Eine genauere Untersuchung seiner Biografie – womöglich im Zusammenhang mit seinen Brüdern David und Georg – wäre durchaus berechtigt, sofern es die Quellenlage erlauben sollte. Eine solche Untersuchung gewönne viel durch die

¹ David Stetter war von Januar 1951 bis April 1952 Arbeitsminister in Württemberg-Baden, siehe die Kurzbiografie auf den Seiten der Friedrich-Ebert-Stiftung, <http://library.fes.de/fulltext/bibliothek/tit00205/00205k05.htm#LOCE9E178> (Zugriff 28.5.2013); Georg Stetter wurde gleich zweimal aus der KPD ausgeschlossen (1925 und 1928) und zählte nach dem Zweiten Weltkrieg zum Kern der Gruppe „Arbeiterpolitik“. Siehe Theodor Bergmann: Gegen den Strom. Die Geschichte der KPD(-Opposition), Hamburg 2001, S.528f. In einem Gespräch mit dem Autor am 7. Juni 2013 in Stuttgart wies Theodor Bergmann darauf hin, dass auch mindestens eine der Schwestern politisch aktiv war.

Spannung zwischen den biografischen Abschnitten vor und nach der NS-Herrschaft, denn alle drei Geschwister überlebten den Nationalsozialismus und waren sowohl vorher als auch nachher politisch in verschiedenen Organisationen der Arbeiterbewegung der BRD aktiv. Die Vornamen der weiteren Geschwister lassen sich bisher nur vermuten²

An dieser Stelle kann jedoch lediglich eine biografische Skizze vorgenommen werden.³ Diese speist sich größtenteils aus Hans Stetters eigenen unveröffentlichten Erinnerungen und anderen auf ihn zurückgehenden Schriften⁴ Damit folgt der Artikel in Teilen Stetters Selbstrepräsentation. Sie wird um ihren Kontext ergänzt und – vor allem für die Periode nach 1945 – durch weiteres Quellenmaterial erweitert, korrigiert und hinterfragt.

Kindheit, Jugend und Erster Weltkrieg

Hans (Johannes) Stetter wurde als Sohn eines Schuhmachers im protestantischen Wain (heute Kreis Biberach) am 1. Februar 1885 geboren. Er wuchs im Weiler Bethlehem (Bethlehain), einem Ortsteil von Wain, in

2 Vermutlich Karoline, Jakob und Matthäus, siehe Traueranzeige für Hans Stetter, in: Stuttgarter Nachrichten, 12.11.1963, S.14. Seine beiden Brüder Georg und David waren kurz zuvor verstorben.

3 Zurzeit existieren lediglich einige biografische Einträge in Fachlexika. Siehe Hermann Weber: Stetter, Johannes, in: Ders./Andreas Herbst: Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 bis 1945, 2. Aufl., Berlin 2008, S.903f.; Frank Raberg: Biographisches Handbuch der Württembergischen Landtagsabgeordneten, 1815-1933, Stuttgart 2001, S.897; Ders.: Stetter, Johannes (Hans), in: Baden-Württembergische Biographien (Band 4), 2007, S.354-357. Im letzten Artikel findet sich auf S.357 der Hinweis, dass sich noch Unterlagen Hans Stetters bei seiner Tochter, der Künstlerin Ilse Rose Stetter in Schorndorf befinden.

4 Vor allem die frühen Angaben beziehen sich hauptsächlich auf diese verschriftlichten Erinnerungen. Siehe Hans Stetter: Aus dem Leben eines Proletariers, Stuttgart 1961, red. bearb. von Paul Stetter, (Stuttgart 1983), ca. 40 Seiten, Archiv der Arbeiterbewegung im Stadtarchiv Stuttgart, 1012 Nr. 36. Das den Erinnerungen zugrunde liegende Tonband liegt im Archiv der sozialen Demokratie (AdsD) in Bonn, Nachlass Hans Stetter und ist vermutlich 1959 aufgenommen worden. Zum Aufnahmedatum siehe DGB-Kreis Stuttgart (Hrsg.): Arbeiterbewegung und Wiederaufbau Stuttgart 1945-49. Materialsammlung und Katalog zur Ausstellung in der „Galerie im Lichthof“ des DGB-Hauses Stuttgart 28.4.-3.7.1982, Stuttgart 1982, S.286. Zu bedenken sind die üblichen Fallstricke von Beschreibungen, die Jahrzehnte nach den Ereignissen aufgezeichnet wurden. Soweit überprüft, scheinen sie aber mit anderen Quellen übereinzustimmen: Siehe etwa die biografischen Lemmata (wie vorherige Anm.) und Hans Stetter: Der kommunistische Sumpf. Mein Ausschluß aus der KPD, Stuttgart 1926.

ärmlichen Verhältnissen als eines von acht Kindern auf.⁵ Im selben Ort wurde auch Jacob Walcher geboren, der als zeitweises Mitglied der KPD-Zentrale und in anderen Funktionen ebenfalls eine wichtige Rolle in der deutschen Arbeiterbewegung spielte. Eine Bekanntschaft der Geschwister Stetter zu Jacob Walcher ist ob der frappanten Parallelen der Biografien sehr wahrscheinlich.⁶

Hans Stetter – und mit ihm seine ganze Generation ländlicher und proto-proletarischer Kinder – wurde „früh schon alt“.⁷ Seit dem neunten Lebensjahr wurde er das halbe Jahr über in Dörfern im Umkreis „entliehen“ und half dort für Kost, wenig Lohn und ein Paar „derbe Lederschuhe“ pro Saison acht oder neun Stunden täglich bei der Hofarbeit – zusätzlich zu fünf Stunden Volksschule. Mit 14 erlernte er das Schreinerhandwerk; die Arbeitsverhältnisse waren dabei zunächst nur wenig besser. Nach Abschluss der Lehre konnte Hans Stetter aber auf die Walz gehen, die ihn erstmals 1903 nach Stuttgart, seine künftige Wahlheimat, verschlug.⁸ Bereits zu dieser Zeit bewies Hans Stetter einen Witz, der ihn auch später vor so manch unerwünschter Lage rettete: Er brach mit einem Freund auf, um von Stuttgart nach Frankfurt zu wandern und endlich Land und Leute (vor allem auf diversen Festen) kennenzulernen. Als er bereits am zweiten Tag dieser ersten Walz wider Erwarten (und wider Willen) von einem Meister, bei dem er nach einem Mittagessen gefragt hatte, eingestellt werden sollte, handelte Stetter: Auf dem Weg zur Einweisung in die Werkstatt „ging [der Meister] voraus und ich [d.i. Stetter]: laufst net, dann gilt's net, auf die Straße und der gute Mann stand ohne Jungesellen allein an der Ecke seines Hauses“⁹ – das Ganze selbstredend erst, nachdem er ein anständiges Mittagessen im Hause verspeist hatte.

5 Siehe Stetter, *Leben*, S.6-8. Siehe zur Charakterisierung Wains außerdem: Ernst Stock/Karl Walcher: *Jacob Walcher (1887-1970). Gewerkschafter und Revolutionär zwischen Berlin, Paris und New York*, Berlin 1998, S.194f.

6 Jacob Walcher war nur zwei Jahre jünger, wuchs im selben Dorf auf, ging auch nach Stuttgart und bewegte sich im selben Milieu, z. B. im Waldheim Sillenbuch. Jacob Walcher wurde am 25. November 1918 Sekretär des Vollzugsausschusses des Arbeiter- und Soldatenrates Stuttgart, in dem auch Hans Stetter Mitglied war. Er wurde später ebenso wie dieser aus der KPD ausgeschlossen. Siehe Stock/Walcher, *Jacob Walcher*, S.11-14, 44f., 81-101. Nachtrag (10. Juni 2013): Theodor Bergmann, der mit Georg Stetter befreundet und mit Jacob Walcher gut bekannt war, hat diese Bekanntschaft bestätigt („Ja, natürlich!“). Gespräch wie Anm. 1.

7 Aus dem Lied „Dem Morgenrot entgegen“, Strophe 2.

8 Siehe Stetter, *Leben*, S.11-13.

9 Stetter, *Leben*, S.12.

Hans Stetter trat schon im ersten Jahr seiner Wanderschaft (1903) der SPD und der Gewerkschaft bei und erlebte 1907 auf dem großen internationalen Sozialistenkongress in Stuttgart die – wie er selbst es ausdrückte – „großen Führer der sozialistischen Internationale“,¹⁰ weil er dort als Ordner eingesetzt war. Im Jahr 1908 musste er auf Grund politischer und gewerkschaftlicher Betätigung seinen Wohnort verlassen.¹¹ Erfahrungen von Repression und Gefängnis werden ihn ein Leben lang begleiten. Er fühlte sich zu dieser Zeit schon der SPD-„Opposition“ zugehörig, die in Stuttgart laut Stetter bereits 1909 in der Mehrheit war und die Versöhnung mit dem bürgerlichen Staat prinzipiell ablehnte.¹² Von dieser Opposition sei auch die Gründung der Naturfreundebewegung 1909 ausgegangen, an der sich Stetter aktiv beteiligte. In diesen Zusammenhang gehört auch die Gründung des Waldheims Sillenbuch, die Stetter zusammen mit Clara Zetkin, Friedrich Westmeyer und anderen ins Werk setzte.¹³ Die Waldheime waren Freizeitheime der Stuttgarter Arbeiterbewegung und dienten zunächst der Erholung und der Flucht aus dem stickigen Talkessel. Sie lagen etwas außerhalb und entwickelten sich rasch zu organisatorischen Zentren der Bewegung.

Im Jahr 1910 heiratete Hans Stetter.¹⁴ Die Familienverhältnisse der Eheleute Stetter erscheinen traditionell, aber nach allem, was sich sagen lässt, respektvoll: Sie unterstützte ihn stets in seinem politischen Engagement trotz allen damit verbundenen Unannehmlichkeiten – und Hans Stetter nahm dies auch so wahr.¹⁵ Dennoch hielten sich auch in dieser proletarischen Ehe überkommene Traditionen: Stetter besetzte als politischer Mensch das öffentliche Leben, seine Frau unterstützte ihn aus der weniger sichtbaren „privaten“ Sphäre von Haushalt und Familie.¹⁶ So be-

10 Ebenda, S.16.

11 Siehe ebenda, S.14.

12 Siehe ebenda, S.16-18. Stetter selbst benutzte den Begriff der Opposition mehrfach, sein Sohn Paul nannte als zentrale Person dieser „Opposition“ Clara Zetkin.

13 Das heutige Clara-Zetkin-Haus. Zu seiner Geschichte siehe Karsten Lukawec, in: <http://www.waldheim-stuttgart.de/html/entstehungsgeschichte.htm> (Zugriff 28.5.2013) und den ausführlichen Wikipedia-Eintrag „Stuttgarter Waldheime“.

14 Siehe Stetter, *Leben*, S.17.

15 Siehe ebenda, S.34.

16 Es soll zu diesem Thema aber darauf hingewiesen werden, dass Stetter in einer Rede im Landtag Württembergs 1922 eine sehr engagierte und sehr ausführliche Begründung für den Antrag auf Abschaffung des §218 lieferte. Daraus ist unmittelbar seine Solidarität mit den von dem Paragraphen besonders hart getroffenen proletarischen Frauen abzulesen: In der Debatte über die Zahl der Opfer des §218 beschied Stetter den Zentrumsvertretern

kommt Hans Stetters Frau in den auf die politischen Ereignisse konzentrierten schriftlichen Erinnerungen ihres Mannes bezeichnenderweise keinen Namen. Laut Frank Raberg war ihr Name Maria, geb. Hermann (1887-1964).¹⁷ Das Paar hatte zwei Kinder: Paul (geboren 1911) und Ilse-rose (geboren 1929).

Gleich zu Beginn des Ersten Weltkriegs wurde Stetter eingezogen und verstand „die Menschen und die Welt nicht mehr“, weil so viele in einem „wahren Taumel sich in den Krieg stürzten“.¹⁸ Er berichtet, dass er vor seiner Verlegung an die Front im November 1914 noch an einer letzten Parteiversammlung teilnehmen konnte, bei der die Absetzung der oppositionellen Redaktion der sozialdemokratischen „Schwäbischen Tagwacht“ Thema war (es ging vor allem um Arthur Crispian, Edwin Hoernle und eben Jacob Walcher). Diese Auseinandersetzung führte zu einer ersten Spaltung innerhalb der SPD.¹⁹ Bei der Abfassung seiner Erinnerung schreibt Hans Stetter 1961: „Mit tiefer Trauer und Beschämung denke ich noch heute daran, wie furchtbar die Sozialisten, vor allem hier in Deutschland, versagten, als 1914 der Krieg begann.“²⁰ Im Juli 1917 wurde er von der Front an seinen Arbeitsplatz nach Stuttgart zurückbeordert und trat kurz darauf der USPD bei.²¹

Novemberrevolution und Weimarer Republik

Im November 1918 befand sich Hans Stetter wieder in Stuttgart und nahm aktiv an der Novemberrevolution teil. Auf dem Karlsplatz in der Stuttgarter Innenstadt fand am 5. November eine Antikriegskundgebung mit 80.000 Menschen statt, abends fanden sich verschiedene Funktionäre der Arbeiterbewegung im Gewerkschaftshaus ein. Bei dieser Gelegenheit wurde Hans Stetter in Stuttgarts ersten Arbeiterrat gewählt, der am 6. No-

nach einem Zuruf: „Sie sollten zuerst dafür sorgen, menschenwürdige Zustände zu schaffen [...] Solange Sie aber dazu nicht in der Lage sind, haben Sie hierüber ganz gefälligst das Maul zu halten.“ KPD, Bezirk Württemberg (Hrsg.): Die weiße Schmach. Die Verhandlungen über die Paragraphen 218-220 im Württembergischen Landtag vom 20. bis 22. Februar 1922. Mit der ausführlichen Rede des Abg. Hans Stetter, o. J., S.10f. Die Rede bildet den Hauptteil dieser Broschüre.

17 Siehe Raberg.

18 Beide Zitate Stetter, *Leben*, S.18.

19 Siehe ebenda.

20 Ebenda, S.16.

21 Siehe ebenda, S.18f.

vember an die Öffentlichkeit trat und sofort am 7. November früh morgens wegen Hoch- und Landesverrats verhaftet wurde.²² Am 9. November kamen die 18 Räte wieder frei, und am 10. des Monats wurde Stetter in den (provisorischen) „Aktionsausschuß des Arbeiterrates“²³ (später Vollzugsausschuss bzw. Landesausschuss der Arbeiterräte Württembergs²⁴) gewählt.²⁵ Ein Mandat im Gemeinderat durfte Hans Stetter nicht wahrnehmen, da dort keine Verwandten zugelassen waren und sein Bruder Georg bereits Abgeordneter war. Aktiv war in diesem Kreis auch der spätere KPD-Politiker Albert Schreiner – ein Schwager von Hans Stetter.²⁶

Nach dem enttäuschenden Verlauf der Revolution trat Stetter im Dezember 1920 mit dem linken Flügel der USPD der KPD bei und wurde direkt (bis 1924) in den württembergischen Landtag gewählt, zusätzlich war er Parteisekretär für den Raum Stuttgart. Als Delegierter für den 3. Kongress der III. Internationale und den ersten Kongress der Roten Gewerkschaftsinternationale besuchte Hans Stetter 1921 für acht Wochen Moskau und Petrograd.²⁷ Er übernahm im Jahr 1923 zusätzlich zu seinen bisherigen Funktionen das Amt des politischen Leiters des KPD-Bezirks Württemberg. Im gleichen Jahr wurde er auf dem Leipziger Parteitag u. a. in die zentrale Gewerkschaftskommission der Partei gewählt.²⁸

Als nach dem gescheiterten Umsturzversuch der KPD im Oktober 1923 die Partei für einige Monate verboten war, wurde auch Hans Stetter zunächst in Schutzhaft genommen, vermutlich am 15. November 1923.²⁹ Ob und inwieweit er in die Ereignisse verwickelt war, ist nicht bekannt. Bis zum 22. Dezember verblieb er im Landgerichtsgefängnis Tübingen sowie im Garnisonsarrest in Ulm. Doch schon acht Tage nach seiner Ent-

22 Siehe ebenda, S.19.

23 Siehe ebenda, S.20.

24 Siehe Raberg, Biographisches Handbuch, S.897.

25 Siehe Stetter, Leben, S.19f.

26 Zu Albert Schreiner siehe Mario Keßler: Hitler treibt zum Krieg. Albert Schreiner als Militärwissenschaftler im Exil, in: *Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung*, 2008/II, S.126-142. Albert Schreiner war laut Raberg (Baden-Württembergische Biographien, S.355) Ende des Jahres 1918 einige Tage Kriegsminister der provisorischen württembergischen USPD/SPD-Regierung. Die erste Frau von A. Schreiner (Emma) war die Schwester der Maria Stetter, geb. Hermann (Frau von Hans Stetter), siehe Raberg, Biographisches Handbuch, S.897.

27 Siehe Stetter, Leben, S.21.

28 Siehe Weber, Stetter, S.903.

29 Stetter schreibt in seinen Erinnerungen, seine Festnahme sei am gleichen Tag erfolgt, als die „Mark die Höhe einer Billionen erreichte“, Stetter, Leben, S.22.

lassung, am 30. Dezember 1923, wurde er anlässlich einer „Zusammenkunft im Staatstheaterrestaurant“ erneut verhaftet.³⁰ Vermutlich handelte es sich um eine regionale Versammlung, zu welcher der – von Stetter als „Inquisitor der kommunistischen Partei Württembergs“ bezeichnete – Karl Schneck unabgesprochen gefährliche Schriftstücke mitbrachte und so die Verhaftung der zwölf Anwesenden zu verantworten hatte.³¹ Volle drei Monate verbrachte Stetter in Untersuchungshaft und wurde schließlich entlassen, weil er für die Reichstagswahlen am 4. Mai 1924 als Spitzenkandidat der KPD in Württemberg aufgestellt worden war.³² Bei dieser Wahl erzielte seine Partei ein außerordentlich gutes Ergebnis, in Stuttgart wurde sie sogar die stärkste der Parteien.³³ Mit dieser Haftentlassung Ende März hatte Stetter es zunächst besser getroffen als die übrigen elf Angeklagten, die bis zum Prozessbeginn am 16. Mai in Haft blieben. An diesem Tag, um kurz nach Mitternacht, wurde jedoch auch Hans Stetter aus seiner Wohnung heraus erneut festgenommen. Seine Frau erlitt bei dieser Gelegenheit einen Nervenzusammenbruch. Nicht zuletzt deswegen konnte Stetter eine Aussetzung seines Haftbefehls erwirken. Nachdem das Verfahren am 19. Mai an den Staatsgerichtshof nach Leipzig überwiesen worden war, tauchte Stetter sofort unter und entkam so seinen Häschern, die ihn – diesmal um 5 Uhr morgens – nicht mehr in seiner Wohnung antrafen. Er erreichte nach zwei Wochen Odyssee im Untergrund, die ihn durch ganz Norddeutschland führte, den Reichstag kurz vor dessen Zusammentritt. Erst nach Betreten des Gebäudes war er durch seine Immunität als „MdR“ geschützt.³⁴ Die anderen Angeklagten des Verfahrens, welches u. a. wegen Hochverrats und im Zusammenhang mit dem gescheiterten Oktoberaufstand der KPD stattfand, wurden im Juli 1924 zu Gefängnisstrafen von bis zu drei Jahren verurteilt.³⁵

Der Reichstag wurde indes schon im Oktober desselben Jahres wieder aufgelöst, und bei der darauf folgenden Dezemberwahl 1924 war Stetter innerparteilich schon unter die Räder gekommen. Denn die mit dem Frankfurter Parteitag im April 1924 angetretene „linke“ Parteiführung um Ruth Fischer, Arkadij Maslow und Werner Scholem besetzte im Rahmen der „Bolschewisierung“ der KPD Listenplätze und Funktionärsposten

30 Siehe ebenda; in Stetter, Sumpf, S.15 ist die Bezeichnung „Landestheater“ zu finden.

31 Siehe Ders., Sumpf, S.15.

32 Siehe Ders., Leben, S.21f.

33 Siehe ebenda, Anm. 12, S.41.

34 Siehe ebenda, S.22f.

35 Siehe ebenda.

vor allem mit ihnen nahestehenden Genossen.³⁶ Sein Bruder Georg und auch Jacob Walcher teilten mit vielen anderen Hans Stetters Schicksal, sie wurden in dieser Phase abgedrängt und verloren massiv an Einfluss.

Für Hans Stetter bedeutete das aber nicht nur den Verlust seines Reichstagsmandats durch einen aussichtslosen Listenplatz, sondern damit ging auch einher, dass sofort im Oktober 1924 verschiedene Verfahren gegen ihn wieder aufgenommen wurden³⁷ und er steckbrieflich gesucht wurde („hohe Stirn, Geheimratsecken, englischer Schnurrbart“³⁸). Wieder stand die Polizei mitten in der Nacht bei Hans Stetter vor der Tür, wieder war „der Vogel ausgeflogen“.³⁹

Zunächst tauchte er bei verschiedenen Genossen in Berlin unter, und von Februar bis Mai 1925 entzog er sich der anstehenden Verhaftung durch einen Aufenthalt im französischen Lothringen. Dort war er mithilfe eines gefälschten Passes für die Internationale Arbeiterhilfe (IAH) tätig. Von der IAH sehr schlecht bezahlt⁴⁰ und von der KPD nicht unterstützt, kehrte er nach drei Monaten notgedrungen zurück und wurde am 30. Mai 1925 in Mannheim gefasst und inhaftiert, allem Anschein nach aufgrund eines Verrats.⁴¹ Erst Anfang Oktober 1925 wurden sein Prozess und alle seine Verfahren im Rahmen der ersten Hindenburg-Amnestie eingestellt und Stetter wieder freigelassen.

In der Partei wurde er 1926 endgültig kaltgestellt, bekam von der Parteileitung ein Redeverbot,⁴² und wurde am 30. Juni 1926⁴³ auch formal aus-

36 Siehe Hermann Weber: Die Wandlung des deutschen Kommunismus, Frankfurt/Main 1969 (= Studienausgabe der Europäischen Verlagsanstalt), S.74-81.

37 Siehe Stetter, *Leben*, S.23. Bei diesen Verfahren handelte es sich um 28 verschiedene politische Strafverfahren, die gegen ihn eingeleitet worden waren, weil er ob seiner Immunität auf Befehl der Partei als Verantwortlicher Redakteur erhalten musste (siehe Ders., *Sumpf*, S.12). Dies beinhaltete die juristische Verantwortung für zahlreiche Zeitungsartikel, die Strafanzeigen nach sich gezogen hatten, sowie für ein kriminalisiertes Flugblatt gegen das KPD-Verbot 1923 (siehe Ders., *Leben*, S.21, 23). Offiziell war er von 1920 bis 1924 Redakteur der kommunistischen „Süddeutschen Arbeiter-Zeitung“ (siehe ebenda, S.37). Sein Sohn Paul berichtet, dass er nur nachträglich vom Inhalt der Artikel in Kenntnis gesetzt wurde und diese „wegen ihrer ultralinken Tendenz auch innerlich ablehnte“ (ebenda, S.40, Anm. 10).

38 Weber, *Wandlung*, S.312.

39 Stetter, *Leben*, S.23.

40 Siehe Ders., *Sumpf*, S.13f.

41 Siehe Ders., *Leben*, S.24; Weber, *Stetter*, S.904.

42 Siehe Stetter, *Leben*, S.24.

43 Siehe Weber, *Stetter*, S.903f.

geschlossen. Es folgte seine öffentliche Abrechnung mit den Methoden der KPD. In diesen Zeitungsartikeln, die auch als Broschüre veröffentlicht wurden,⁴⁴ machte sich Stetter Luft über seine schlechten Erfahrungen: Er verteidigte darin das Verhalten der ehemaligen Vorsitzenden Brandler und Thalheimer im Jahr 1923 und sah deren einziges Versäumnis darin, „ihre Macht nicht dazu benutzt zu haben, um die Verbrecherbande Ruth Fischer-Maslow-Scholem einschließlich Thälmann und Konsorten aus der KPD hinauszubefördern“, denn „alle Organe des heutigen Klassenstaates haben nicht vermocht, das Vertrauen der Arbeiter zur KPD so zu erschüttern, wie es der derzeitigen Führung dieser Partei im Zeitraum von 2½ Jahren möglich war.“⁴⁵

In der 23 Seiten langen Broschüre packte Stetter etliche Interna aus, und so mancher KPD-Funktionär bekam sein Fett weg: Werner Scholem nennt Stetter den „Parteihenker“, der ihn und andere Genossen „mit Hilfe des Staatsanwaltes“ „politisch und persönlich“ erledigt habe.⁴⁶ Fischer, Maslow und Thälmann werden als „notorische Demagogen und Intriganten“ bezeichnet, während der Parteisekretär für Württemberg und MdR Hans Bohla als „Feigling und Tagedieb“ charakterisiert wird. Als Erscheinungsort der Artikelserie wählte Stetter ausgerechnet die sozialdemokratische „Schwäbische Tagwacht“, die schon 1914 (damals noch innerhalb der SPD) Schauplatz der Flügelkämpfe innerhalb der organisierten Arbeiterbewegung gewesen war.

Hans Stetter wurde folgerichtig 1926 wieder aktives SPD-Mitglied und blieb, als Schreiner arbeitend, bis 1928 in Stuttgart. Dann ging er nach Königsberg, um dort eine Stelle als hauptamtlicher Sekretär der Gewerkschaft der Gemeinde- und Staatsarbeiter anzunehmen. Er übte fünf Jahre lang diese Tätigkeit aus und trat noch im März 1933 für die SPD zu den Königsberger Gemeinderatswahlen an. Bei der gewaltsamen Beendigung von Stettens Aktivitäten für die Gewerkschaft in Königsberg durch die SA gingen auch die 4.000 Bände der Königsberger Gewerkschaftsbibliothek in Flammen auf. Wieder tauchte Hans Stetter einige Wochen unter und wurde später von der DAF entlassen. Anfang September 1933 kehrte er mit seiner Familie nach Stuttgart zurück. Dort scheint er als Schreiner die Zeit der NS-Herrschaft „überwintert“ zu haben, auch seine beiden Geschwister David und Georg überlebten die Nazizeit ohne ins Exil gehen

44 Siehe Stetter, Sumpf.

45 Ebenda, S.5f.

46 Ebenda, S.11.

zu müssen oder der Repression zum Opfer zu fallen.⁴⁷ Aus dieser Zeit sind keine weiteren Zeugnisse in Sachen Hans Stetter bekannt, was auch die Frage unbeantwortet lässt, warum Stetter als ehemaliger KPD-Abgeordneter in Land- und Reichstag von weiteren Repressionen verschont blieb.

Nachkriegszeit

Hans Stetter beteiligte sich nach dem Ende des Krieges 1945 aktiv am Aufbau des „Antifaschistischen Kampfbundes“ Stuttgart-Untertürkheim und übernahm zeitweise auch dessen Leitung.⁴⁸ Die vielerorts spontan und lokal entstandene „Antifa-Bewegung“ in Stuttgart kann als die „vielleicht ausgedehnteste in einer deutschen Stadt“ gelten⁴⁹ und bildete das Initiativmoment, aus dem kurze Zeit später die „Arbeitsausschüsse“ hervorgingen. Auch der Untertürkheimer „Kampfbund“ wurde zu einem dieser zahlreichen Arbeitsausschüsse, die sich in Stuttgart und ganz Deutschland gebildet hatten.⁵⁰ In seinem ersten Tätigkeitsbericht formulierte der „zentrale Arbeitsausschuß“ Stuttgarts⁵¹ als stadtweiter Zusammenschluss Bereiche, die er in seinem Zuständigkeitsbereich sah:

- „1. Beseitigung der nazistischen Überbleibsel.
2. Linderung der Notlage der Bevölkerung.
3. Wiederaufbau und Wiedergutmachung.
4. Förderung der kulturellen Demokratie.“⁵²

Damit schickten sich die Ausschüsse an, einen Großteil des gemeinschaftlichen Lebens zu organisieren. Neben den Arbeitsausschüssen waren –

47 Siehe Stetter, *Leben*, S.28f. Im Gespräch (siehe Anm. 1) erklärte Theo Bergmann, die Geschwister hätten „sich verkrochen“, und wies daraufhin, dass Georg aufgrund des §175 noch mehr Grund zur Vorsicht gehabt hatte als andere politisch Verfolgte.

48 Stetter selbst gibt an, Vorsitzender des Arbeitsausschusses in Stuttgart-Untertürkheim von Mai bis September 1945 gewesen zu sein (siehe ebenda, S.28f.). Für Genaueres siehe Lutz Niethammer: *Kampfkomitees und Arbeitsausschüsse in Stuttgart*, in: Ders./Ulrich Borsdorf/Peter Brandt (Hrsg.): *Arbeiterinitiative 1945. Antifaschistische Ausschüsse und Reorganisation der Arbeiterbewegung in Deutschland*, Wuppertal 1976, S.503-602, hier S.513. Auch Willi Bleicher war Mitglied im Untertürkheimer Arbeitsausschuss. Siehe DGB-Kreis Stuttgart (Hrsg.), *Arbeiterbewegung*, S.41.

49 Niethammer, *Kampfkomitees*, S.503.

50 Siehe Borsdorf/Brandt/Niethammer (Hrsg.), *Arbeiterinitiative*.

51 Siehe die Auszüge aus den Berichten Erwin Holzwarths, ebenfalls aktiv im Untertürkheimer Arbeitsausschuss, in: DGB-Kreis Stuttgart (Hrsg.), *Arbeiterbewegung*, S.27-43, hier S.32.

52 Zit. nach: ebenda, S.31.

vor der sukzessiven Zentralisierung der Gewerkschaften – die Betriebsräte diejenigen, die vor Ort das Heft des Handelns in der Hand hielten. So gab es im Bereich Stuttgart zu wichtigen allgemeinpolitischen Themen immer wieder Betriebsräte-Vollversammlungen.⁵³ In Stuttgart wurden die Betriebsräte meist „Arbeiter-Ausschüsse“ genannt, worin nicht nur die Kooperation zwischen Stadtteil und Betrieb sprachlich abgebildet, sondern auch die ähnlich ausgeweitete Funktion der Betriebsräte deutlich wird.⁵⁴ In dieser Kooperation⁵⁵ deutete sich der enorme Einfluss der Räte-Strukturen an, der von (Militär-)Regierung, Verwaltung und Parteien ungern gesehen wurde, da ihr eigener Einflussbereich dadurch erheblich eingeschränkt wurde. Einzelne Arbeitsausschüsse hatten bereits antifaschistische Polizeieinheiten aufgestellt und nahmen die Vorgänge vor Ort selbst in die Hand – in Wangen kümmerte sich beispielsweise das Antifa-Komitee (d.i. ein Arbeitsausschuss) um die Neuvermietung von Wohnungen „abgereister Nationalisten“, bei denen es sich nicht um eine freiwillige Abreise gehandelt haben dürfte.⁵⁶ Hans Stetter selbst wurde im Oktober 1946 (zusammen mit Max Ehrhardt) außerdem als Gewerkschaftsvertreter in den politischen Beirat des „Ministeriums für politische Befreiung“ abgeordnet⁵⁷ und war auch aktiv in der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN).⁵⁸

Zwischen Stadtverwaltung und Militärregierung auf der einen und den Arbeitsausschüssen auf der anderen Seite kam es immer wieder zu Kompetenzkonflikten. In vielen Fällen befanden sich gerade die oberen Ver-

53 Siehe exemplarisch die Entschließung einer Betriebsräte-Versammlung (mit 1.200 Beteiligten) zur Währungsfrage am 19. November 1946. Die Entschließung ist abgedruckt in: DGB-Kreis Stuttgart (Hrsg.), Arbeiterbewegung, S.221.

54 Siehe ebenda, S.41, und Niethammer, Kampfkomitees, S.546.

55 Siehe Michael Fichter: Aufbau und Neuordnung. Betriebsräte zwischen Klassensolidarität und Betriebsloyalität, in: Martin Broszat/Klaus-Dieter Henke/Hans Woller (Hrsg.): Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland, München 1989, S.469-549, hier S.491. Er nennt als Beispiele die Kooperation der Ausschüsse in Betrieb und Stadtteil Kornwestheim (mit Stammheim und Zuffenhausen) sowie die Zusammenarbeit zwischen dem Daimler-Betriebsrat des Werkes Untertürkheim mit dem Antifa-Ausschuss, in dem auch Willi Bleicher und Hans Stetter aktiv waren.

56 Siehe Lagebericht der Geschäftsstelle Wangen vom 14. Mai 1945, nach Kuno Drollinger: Der Wiederaufbau der städtischen Verwaltung, in: Edgar Lersch u. a. (Hrsg.): Stuttgart in den Nachkriegsjahren, Stuttgart 1995, S.103-126, hier S.109.

57 Hauptstaatsarchiv Stuttgart (HStAS) EA 11/101 Bü 48.

58 HStAS VVN Bü V7; Dank an Henning Fischer für die Hinweise auf diese beiden Archivalien.

waltungsebenen im Widerspruch zu den örtlichen Komitees, vor allem unmittelbar nach dem Ende der Kampfhandlungen. Ende Mai 1945 schimpfte der Oberbürgermeister Arnulf Klett „die Polizei führe die Anordnungen der Antifa aus, nicht umgekehrt“ und forderte den Polizeipräsidenten zu entsprechendem Handeln auf.⁵⁹ Die Vorläufer der Ausschüsse, die „Kampfkomitees gegen den Faschismus“, wurden bereits am 25. Mai 1945⁶⁰ für aufgelöst und illegal erklärt,⁶¹ da Klett eine faktische Entmachtung von unten befürchtete.⁶² Auch DVP- und SPD-Vertreter warnen vor einem „Dualismus in der Verwaltung“ und betrachteten die Ausschüsse als „vorübergehende Einrichtung, die verschwinden müsse“, sobald die anderen Verwaltungsorgane konstituiert worden seien.⁶³

Die zentralen Gewerkschaftsorganisationen hatten ebenfalls Probleme mit den basisdemokratischen Initiativen, auch und gerade in Baden-Württemberg. Der Gewerkschaftsbund Württemberg-Baden (GWB, bzw. dessen Vorläufer Wü-GB) wird von Siegfried Mielke als „besonders typische Gewerkschaftsgründung ‚von oben‘“ charakterisiert.⁶⁴ Denn es fanden sich Ende Mai 1945 Funktionäre aus der Zeit vor 1933 – unter notarieller Aufsicht, aber ohne jegliche Beteiligung der Basis – zusammen und behaupteten von sich, sie wären von nun an die legitime Gewerkschaftszentrale.⁶⁵ Es gab aber höchstens vereinzelt personelle Verschränkungen zwi-

59 Oberbürgermeister an Polizeipräsident Weber am 26. Mai 1945, zit. nach: Niethammer, Kampfkomitees, S.555.

60 Der Bericht von Fritz Eberhard (= Hellmuth von Rauschenplat) nennt den 25. Mai als genauen Tag des entsprechenden Rundschreibens. Siehe Ders.: IV, abgedruckt in: Ulrich Borsdorf/Lutz Niethammer (Hrsg.): Zwischen Befreiung und Besatzung. Analysen des US-Geheimdienstes über Positionen und Strukturen deutscher Politik 1945, Wuppertal 1976, S.58-77, hier S.59.

61 Siehe Michael Fichter: Kommunalverwaltung und Demokratisierung des öffentlichen Lebens, in: Lersch u. a. (Hrsg.), Stuttgart, S.73-102, hier S.74.

62 Siehe Niethammer, Kampfkomitees, S.557f. Karl Weber (der neue Polizeipräsident) sekundierte am 25. Mai: „Inhaber der öffentlichen Gewalt sind unter Aufsicht der Alliierten Militärregierung allein Behörden und Ämter der Stadt, insbesondere die deutsche Polizei. Nur sie allein haben Befehle und Anordnung zu erteilen, nur sie sind zu Eingriffen in fremde Rechte, auch wenn es sich um solche von flüchtigen Nazis handelt, befugt“. Zit. nach: Drollinger, Wiederaufbau, S.110.

63 Hermann Vietzen: Chronik der Stadt Stuttgart 1945-1948, Stuttgart 1972, S.145.

64 Siegfried Mielke: Der Wiederaufbau der Gewerkschaften. Legenden und Wirklichkeit, in: Heinrich August Winkler (Hrsg.): Politische Weichenstellungen im Nachkriegsdeutschland 1945-1953, Göttingen 1979, S.74-87, hier S.75.

65 Siehe Niethammer, Kampfkomitees, S.542-544; Mielke, Wiederaufbau, S.75f. Ähnlich Fichter, Aufbau, S.489f. Maßgebliche Protagonisten dieser Gruppe waren Markus Schlei-

schen der Funktionärsebene der Gewerkschaften und den Ausschüssen.⁶⁶ So verwundert kaum, dass dieser Landesgewerkschaftsbund eine ausgesprochen feindliche Haltung gegenüber den örtlichen und betrieblichen Initiativen einnahm und zusammen mit der Stadtverwaltung und den Unternehmerorganisationen gegen diese vorging.⁶⁷

Im Januar bzw. März 1947 errichtete die Stadt Stuttgart die sogenannte „Zentrale für den Aufbau der Stadt Stuttgart“ (ZAS)⁶⁸ – eine Gegenründung gegen die dezentralen Strukturen, deren letzte Nachfolger sich im Juni 1948 schließlich auflösten bzw. aufgelöst wurden.⁶⁹ Die Arbeitsausschüsse wurden auf diese Weise entmachtet, gingen aber zum Teil in der neuen Verwaltungsstruktur auf.⁷⁰ So waren zahlreiche Ortsbürgermeister, die in den Jahren zwischen 1945 und 1948 berufen wurden, in den Arbeitsausschüssen aktiv und kamen durch deren Vertrauen auf ihre neuen Posten, zum Beispiel in den Stadtteilen Wangen oder Hedelfingen.⁷¹ Diesen Weg ging auch Hans Stetter. Bei den ersten Gemeinderatswahlen vom 26. Mai 1946 wurde er als fünfter von 17 sozialdemokratischen Abgeordneten in den Gemeinderat von Stuttgart gewählt.⁷² Dafür engagier-

cher (Holzarbeitergewerkschaft und Vorsitzender des Stuttgarter Gewerkschaftspräsidiums), Christian Härle (als Vertreter der Angestellten) und Josef Eckle. Siehe Niethammer, Kampfkomitees S.543, Anm. 137.

66 Hugo Vetter antwortete in einem Interview auf die Frage, ob es in Stuttgart einen „direkten Weg vom Arbeitsausschuß zur Gewerkschaft gegeben“ hat: „Das kann man so nicht sagen, das lief in jedem Fall separat“. Zit. nach: „Wir fühlten uns verpflichtet, der Bevölkerung zu helfen“. Gespräch mit Heiner Hill, Hugo Vetter und Rosel Lohse-Link, in: ÖTV Kreisverwaltung Stuttgart (Hrsg.): 1945-1985. 40 Jahre ÖTV Stuttgart, Stuttgart 1985, S.13-15, hier S.14.

67 Siehe Niethammer, Kampfkomitees, S.547.

68 Siehe Amtsblatt für den Stadtkreis Stuttgart vom 30. Januar (Nr. 5) und vom 6. März (Nr. 10) 1947, in: Bürgermeisteramt Stuttgart (Hrsg.): Satzungen und Dienstvorschriften der Stadt Stuttgart. Mit Geschäftsordnung des Gemeinderates, April 1947, S.85-87. Heinz H. Poker berichtet, dass die ZAS bereits am 8. Mai gegründet worden war, und lässt in den übrigen Ausführungen keinen Zusammenhang zwischen der Gründung der Aufbauzentrale und den Arbeitsausschüssen erkennen. Siehe Heinz H. Poker: Wiederaufbauplanung und Wiederaufbau - Rahmenbedingungen, Wertsetzungen, Perspektive und Ziele, in: Lersch u.a. (Hrsg.): Stuttgart, S.229-249, hier S.245f.

69 Siehe Niethammer, Kampfkomitees, S.539-582, 599.

70 Siehe Drollinger, Wiederaufbau, S.110.

71 Siehe Niethammer, Kampfkomitees, S.510-541, 564. Auch gab es Fälle in denen Vertretern der Ausschüsse Tagegeld als Aufwandsentschädigung vom Oberbürgermeister gezahlt wurde, siehe Vietzen, Chronik, S.142, und Drollinger, Wiederaufbau, S.110.

72 Vietzen, Chronik, S.160f.

te er sich natürlich auch persönlich auf Wahlkampfveranstaltungen.⁷³ Bei den zweiten Gemeinderatswahlen in Stuttgart am 7. Dezember 1947 wurde er wiedergewählt, nun als vierter von 21 Abgeordneten seiner Liste und somit auf vorerst sechs weitere Jahre.⁷⁴ Nach Kriegsende gestaltete er außerdem den Wiederaufbau der Gewerkschaften mit und wurde bereits im Juli 1945 zum Vorsitzenden des Ortsausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB, ab 1949 DGB) Stuttgart berufen. Diese Funktion übte er bis 1953 aus.

Stetter kam nie über die lokale Ebene der Gewerkschaftsarbeit hinaus, weder in Königsberg, noch in Stuttgart. Es steht zu vermuten, dass Stetter sich bewusst gegen zentrale Posten entschied, wie er sich bereits in der Weimarer Republik durch renitentes Verhalten gegen eine Karriere in der KPD entschieden hatte. Zudem geriet er im Herbst 1948 mit der Leitung des GWB aneinander.

Hans Stetter und die „Stuttgarter Vorfälle“

Als engagierter und erfahrener Vertreter der Interessen der einfachen Bevölkerung hatte Hans Stetter außerdem „wiederholt sehr scharfe Zusammenstöße mit den Vertretern der Besatzungsmacht wegen ihrem Verhalten gegenüber der arbeitenden Bevölkerung“.⁷⁵ Der vermutlich herausragendste dieser Zusammenstöße resultierte aber nur mittelbar aus einer Kritik Stetters am Verhalten der US-Stellen, sondern in erster Linie aus den Unruhen im Anschluss an eine große Gewerkschaftskundgebung am 28. Oktober 1948. Sie brachten Stetter eine verhaftungsähnliche Vorladung zu einem „Gespräch“ mit General Clay ein.

Im Herbst 1948 war in der Bevölkerung, gerade unter Lohnabhängigen, eine massive Unruhe und Unzufriedenheit entstanden, die in den Folgen der Währungsreform begründet war. Die Gewerkschaftsbasis drängte auf „schärfere Kampfmassnahmen“.⁷⁶ Der Ortsausschuss Stuttgart forderte durch Hans Stetter am 13. Oktober 1948 den Bundesvorstand des GWB auf, zonenübergreifende Proteste zu organisieren, wenigstens aber „in

73 Plakate 6/PLKA001836 und 6/PLKA002229.

74 Siehe Vietzen, Chronik, S.173-178.

75 Stetter, Leben, S.30.

76 Brief von Hans Stetter im Auftrag des Ortsausschusses Stuttgart vom 13. Oktober 1948 an den Bundesvorstand (d. i. der Landesvorstand) des GWB. Darin fasst Stetter die gesammelten Eindrücke der Mitglieder des „erweiterten Vorstandes des Ortsausschusses Stgt.“ vom 11. Oktober zusammen, AdsD 5/DGZA010024.

Württemberg-Baden eine einheitliche Aktion durchzuführen“. Die Vorstellungen des Ortsausschusses sahen so aus, „dass erst in Betriebsrätevollversammlungen zu der ganzen derzeitigen Lage Stellung genommen wird, die Betriebsräte entsprechend informiert werden und mit ihnen die durchzuführenden Demonstrationen besprochen werden. Die Demonstrationen müssten möglichst zu gleicher Zeit im ganzen Lande, vielleicht eine oder 1 1/2 Stunden vor Betriebsschluss abgehalten werden. Diese Demonstrationen könnten auch den [sic] weiteren Zweck dienen, gegen die Herausnahme der Bestimmungen des Mitbestimmungsrechts über wirtschaftliche Fragen aus den [sic] bekannten Gesetz zu protestieren“. ⁷⁷ Wie der weitere Verlauf der Geschichte zeigt, folgte weder der adressierte Vorstand der württembergisch-badischen Gewerkschaften noch der Gewerkschaftsrat den Vorschlägen der Stuttgarter. Der Ortsausschuss um Stetter setzte jedoch für Stuttgart lokal das Modell um, welches in den höheren Ebenen keine Beachtung gefunden hatte.

Die Kundgebung am 28. Oktober 1948, zu welcher der Stuttgarter Ortsausschuss der Gewerkschaften aufgerufen hatte, richtete sich gegen die Preissteigerungen im Zuge der Währungsreform und die mit ihr verbundene Wirtschaftspolitik Ludwig Erhards. Im Anschluss an die Kundgebung, zu der sich etwa 80.000 Menschen einfanden, kam es zu massiven Ausschreitungen in der Stuttgarter Innenstadt. Nachdem zunächst ein Luxusgeschäft auf der unteren Königstraße demoliert worden war, erfolgte ein groß angelegter Einsatz von deutscher Polizei und US-amerikanischer Militärpolizei. Die Auseinandersetzungen führten zu zahlreichen Verletzten und einigen Verhaftungen. Die „Stuttgarter Vorfälle“ dienten auch als Begründung dafür, beim bis heute letzten deutschen Generalstreik am 12. November 1948 keinerlei Kundgebungen und Streikposten zuzulassen. ⁷⁸

⁷⁷ Ebenda. Bei dem „bekannten Gesetz“ (Gesetz Nr. 726) handelt es sich um einen Verweis auf die Auseinandersetzungen darum, die in der Landesverfassung vorgesehenen Mitbestimmungsrechte auf Betriebsebene endlich in Gesetzesform zu überführen. Siehe dazu Christfried Seifert: Entstehung und Entwicklung des Gewerkschaftsbundes Württemberg-Baden bis zur Gründung des DGB 1945 bis 1949, Marburg 1980, S.323-339. Diese Konflikte dauerten von Annahme der Verfassung im November 1946 bis in das Jahr 1949 hinein.

⁷⁸ Für Näheres zu den Vorfällen und dem Generalstreik siehe Uwe Fuhrmann: Stuttgart48 und die Soziale Marktwirtschaft. Von ignorierten Protesten und dem Ursprung einer Basiserzählung, in: Henning Fischer u. a. (Hrsg.): Zwischen Ignoranz und Inszenierung. Die Bedeutung von Mythos und Geschichte für die Gegenwart der Nation, Münster 2012, S.95-128, sowie Jörg Roesler: Die Stuttgarter Vorfälle vom Oktober 1948. Zur Entstehung der sozialen Marktwirtschaft in der Bundesrepublik, in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 2007/I, S.40-49.

In seiner Rede auf der Kundgebung,⁷⁹ die in einem deutlichen Ton gehalten wurde, stellte Stetter zunächst die Leistungen der Gewerkschaftsbewegung und aller arbeitenden Menschen beim ökonomischen und politischen Wiederaufbau sowie die Bescheidenheit und den konstruktiven Beitrag der Gewerkschaften heraus. Der Lohn sei jedoch Undankbarkeit gewesen. Er kritisierte dann den Modus der Währungsreform, der zu Hortung und gesteigerter Ausbeutung geführt und die kleinen Ersparnisse den Profiten des Schwarzmarkts und den Kriegsgewinnen gleichgestellt habe. Das größte Elend sei aber die von Erhard angeführte Änderung des Wirtschaftssystems gewesen. Erhards Slogan, dass „Angebot und Nachfrage“ die Preise regulieren würden, sei ein Verbrechen in Zeiten, in denen die Nachfrage nach Gütern hundertmal so hoch sei wie das Angebot. Die Gewerkschaften, so Stetter weiter, wollten eine gut geplante und zielgerichtete Ökonomie mit staatlich kontrollierten Preisen für die nötigsten Waren. Ein radikaler Kurswechsel der momentanen Wirtschaftspolitik, verbunden mit hohem Einfluss der Betriebsräte sollte diese Wirtschaftsweise herbeiführen. Nur so, mit einer kompletten Reform des Wirtschaftslebens, könnten der Lebensstandard gehoben und die Lasten des Weltkrieges gerecht verteilt werden. Er kritisierte weiterhin die deutschen Stellen, die tatenlos zuschauten, wie Preiswucher stattfindet, Waren gehortet würden und Hunderte Millionen von DM an Steuergeldern, die im Zuge der Währungsreform fällig geworden wären, sich immer noch in den Kassen der Unternehmer befänden. Er kündigte an, den Gewerkschaftsrat aufzufordern, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um die gegenwärtige ökonomische Anarchie zu beenden.

Schlussendlich fand Stetter kritische Worte für die Besatzungspolitik. Es sei nicht einzusehen, warum die Hälfte der deutschen Steuereinnahmen für Besatzungskosten verwendet und Betriebe demontiert würden, die für den Wiederaufbau nötig sind.

Vor allem aber machte er aufmerksam auf den Widerspruch zwischen dem propagierten Ziel, den Deutschen Demokratie und eine kritische Haltung beizubringen, und andererseits Kritik nicht aufzunehmen und demokratisch legitimierte Forderungen der Gewerkschaften – gemeint sind vor allem Sozialisierung und Mitbestimmungsrechte – durch Befehle aufzuhe-

79 Die Rede liegt auf deutsch leider nur in Auszügen vor. Daher stützen sich diese Ausführungen auf die englische Übersetzung, die dem Untersuchungsbericht über die Stuttgarter Vorfälle beigelegt worden ist, Institut für Zeitgeschichte (IfZ) München-Berlin, OMGUS Manpower Div. 7/44-3/16, Appendix E. Siehe außerdem kurze deutsche Auszüge in DGB-Kreis Stuttgart (Hrsg.), Arbeiterbewegung, S.274.

ben.⁸⁰ Eine solche Demokratie habe ihren Namen nicht verdient. Diese Interventionen zulasten der Mitbestimmung würden, so Stetter, von den Gewerkschaften nicht als hilfreich angesehen, um Freiheit, Frieden und wirtschaftliche Fairness zu garantieren. Vielmehr betrachteten sie sowohl die Währungsreform als auch die Suspendierung der wirtschaftsdemokratischen Paragraphen aus der Landesverfassung als eine Verbeugung vor der kapitalistischen Reaktion, die für das Elend verantwortlich sei. Da sich im letzten Teil der Rede einige unmissverständliche und dezidierte Aufrufe Stetters finden, seien hier trotz der Tatsache, dass es sich um eine Übersetzung des Originaltextes durch amerikanische Stellen handelt, einige Auszüge wiedergegeben. Stetter mochte sich als Vertreter der Gewerkschaften nämlich keineswegs mit den restaurativen wirtschaftlichen Entwicklungen abfinden: „We shall fight back against this reaction; we shall call up for open battling, no matter whether this will be agreeable to everyone. [...] Unionized labor, in particular, workers, clerks, and civil servants, will not let themselves be pushed aside again, as they were after the first world war. Nor are they willing to foot alone the bill for the Hitler war while a handful of parasites keep rolling in wealth. [...] If we know what we want and back up our want by the necessary willpower, then everything is not yet lost and we may still win a world.[...] Nor does salvation come from any of the occupation powers, neither from the east nor from the west.“⁸¹

Abschließend rief Stetter zum vereinten Kampf unter Führung der Ge-

80 Wenige Tage zuvor hatte eine Stuttgarter Betriebsrätekonferenz am 22. Oktober 1948 eine Protestresolution zur Suspendierung der Mitbestimmungs-Artikel 22 und 23 der Württemberg-Badischen Verfassung durch die OMGUS beschlossen, die den Besatzungsmächten Verfassungsbruch und undemokratisches Verhalten vorwarf (IfZ, OMGUS Manpower Div. 7/44-3/16, Appendix C). Ein herausragendes Symbol für die von Stetter angeführte Besatzungspolitik sind auch die Vorgänge rund um den hessischen Verfassungsparagraphen § 41: In einer Volksabstimmung hatten sich 72 Prozent der WählerInnen explizit für die sofortige Sozialisierung aller wichtigen Betriebe ausgesprochen. Die Umsetzung wurde aber (u. a. von der OMGUS) verhindert.

81 Dt. Rückübersetzung: „Wir sollten uns gegen diese Reaktion wehren und zum offenen Kampf aufrufen, ungeachtet ob damit alle einverstanden sind. [...] Arbeiter, Angestellte und Beamte, vor allem die gewerkschaftlich Organisierten, werden sich nicht genauso zur Seite schieben lassen, wie sie dies nach dem Ersten Weltkrieg getan haben. Sie sind auch nicht bereit, die Rechnung für Hitlers Krieg alleine zu bezahlen, während eine Handvoll Parasiten weiterhin im Wohlstand schwelgt. [...] Wenn wir wissen, was wir wollen, und unsere Bedürfnisse mit der nötigen Willensstärke bekräftigen, dann ist noch nichts verloren und wir haben immer noch eine Welt zu gewinnen. [...] Auch kommt keine Erlösung von den Besatzungsmächten, weder von denen aus dem Westen noch aus dem Osten.“

werkschaften auf, um eine andere ökonomische Ordnung und einen anderen Staat zu erkämpfen, dessen drei Säulen „Frieden, Freiheit und soziale Gerechtigkeit“ sein sollten.

Diese Rede ist nachgerade ein Destillat der Nachkriegsprobleme, viele der damaligen Konflikte und Entwicklungen hat Hans Stetter pointiert zum Ausdruck gebracht. Es waren wohl die schnörkellose Kritik an den Besatzungsbehörden, die kämpferische Haltung und die Entwicklung einer Gegenperspektive, die Stettters Rede ausmachten, auch wenn sich nicht sagen lässt, ob und welche Resonanz sie gefunden hätte, wäre es nicht im Anschluss an die Kundgebung zu Ausschreitungen gekommen. Gerade die Kritik an der US-Politik brachte ihm im Nachhinein Vorwürfe Clays ein, der von einer aufstachelnden Rede sprach und Stetter für die folgenden Ausschreitungen verantwortlich machte.⁸²

Zusätzlich zu den Antagonismen zwischen Clay und Stetter sowie dem GWB und Stetter soll ein weiterer Widerspruch erwähnt werden. Dabei handelt es sich um die Machtpolitik, die der Ortsausschuss Stuttgart des ADGB, namentlich Hans Stetter, innerhalb der Stuttgarter Arbeiterbewegung betrieb. So ließ Stetter, wie auf der vorbereitenden Versammlung der Stuttgarter Betriebsräte bereits angekündigt, das Mikrofon direkt nach seiner Rede abstellen, um Kommunisten keine Möglichkeit zur Äußerung zu geben, auch nicht solchen, die Betriebsräte waren.⁸³

Damit kulminierten bei dieser Gelegenheit die Konfrontationen, die Stetter sein Leben lang begleiteten: der Kampf gegen die jeweiligen Verwalter des Kapitalismus; sein Gegensatz zu den Parteikommunisten und der Widerspruch, in dem er zu den zahmen Gewerkschaftsleitungen stand, die Massenmobilisierungen scheuten.

Der Militärgouverneur der US-Zone Lucius D. Clay hatte generell nicht viel für Demonstrationen übrig⁸⁴ und kümmerte sich persönlich um die „Nachbereitung“ der Stuttgarter Vorfälle. Direkt am Tag danach musste Stetter Vertretern der Militärregierung seinen Lebenslauf und Abschriften seiner Rede aushändigen. Am Abend desselben Tages (Freitag, 29. Oktober 1948) wurde er darüber informiert, dass er am nächsten Morgen, 7.30 Uhr, von Offizieren der US-

82 Siehe Lucius D. Clay: Entscheidung in Deutschland, Frankfurt/Main 1950, S.331.

83 IfZ München-Berlin, OMGUS Manpower Div. 7/44-3/16, S.3, 5.

84 Anlässlich einer West-Berliner Demonstration am 9. September 1948 mit etwa 300.000 TeilnehmerInnen (nach Angaben von Clay), zu deren Ende Jugendliche versucht hatten, die Sowjetfahne vom Brandenburger Tor zu holen, worauf mit Schüssen reagiert worden war, erklärt Clay, er habe „für Massendemonstrationen, die leicht außer Rand und Band geraten können, nicht viel übrig“. Clay, Entscheidung, S.417.

Militärregierung abgeholt und zu einem Gespräch mit General Lucius D. Clay nach Frankfurt gebracht werde. Nach über vier Stunden Wartezeit machte Clay Stetter die Inhalte seiner Rede zum Vorwurf, vor allem die Angriffe gegen die Besatzungspolitik. Höhepunkt der Unterredung, deren Umstände eine klare Machtdemonstration darstellten, war der Hinweis darauf, dass Clay für dieses Mal noch davon absehe, die Gewerkschaften verbieten zu lassen.⁸⁵

Im Gewerkschaftshaus in der Roten Straße in Stuttgart machten derweil Gerüchte die Runde, Stetter sei festgenommen worden. Wilhelm Kleinknecht vom Bundesvorstand des GWB sah sich genötigt, in einem Rundschreiben darauf hinzuweisen, dass es sich um eine im Voraus angekündigte Besprechung mit Clay handelte und Stetter noch am selben Tag zurück erwartet werde, wovon sich der Bundesvorstand auch persönlich überzeugen werde.⁸⁶ Stetter selbst hatte sogar Proteststreiks der Belegschaften Stuttgarts für wahrscheinlich gehalten, wenn er unter gleichen Umständen an einem Wochentag und nicht an einem arbeitsfreien Samstag zum Gespräch mit Clay abgeholt worden wäre.⁸⁷

In den folgenden zwei Wochen wurden parallel zum bereits erwähnten Generalstreik einige politische und diskursive Zugeständnisse gemacht. Die Gewerkschaftsspitzen gaben sich mit der Aufhebung des Lohnstopps, einigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen und dem nun implementierten Schlagwort „Soziale Marktwirtschaft“ zufrieden.⁸⁸ So ging auch die Stuttgarter Episode stillschweigend zu Ende.

Hans Stetter in der Bundesrepublik

Im Jahr 1949, die politischen Verhältnisse hatten sich mit einer gefestigten Westanbindung der Westzonen Deutschlands inzwischen stabilisiert, fuhr Stetter als einer von zehn Kollegen einer Gewerkschaftsdelegation für zwölf Wochen in die USA.⁸⁹ Diese und zahlreiche ähnliche Studienreisen

85 Für die Umstände (Abholung durch Offiziere, vier Stunden Wartezeit vor Clays Büro und recht einseitige Gesprächsführung) sowie die Verbotsdrohung siehe das Gedächtnisprotokoll Stettens, HStaS, Q 1/40 Bü 49 (die Archivalie ist falsch zugeordnet).

86 Siehe den – von 16 (!) Unterschriften gezierten – Brief des Bundesvorstands, AdsD, 5/DGZA010024.

87 IfZ München-Berlin, OMGUS Manpower Div. 7/44-3/16, Appendix I. Darin findet sich auch die Information, dass von Stetter, durch Übermittlung seines Gedächtnisprotokolls, der bizonale Gewerkschaftsrat über die Vorgänge in Kenntnis gesetzt wurde.

88 Siehe Fuhrmann, Stuttgart48, S.117-123.

89 Siehe Stetter, *Leben*, S.31.

dienten Ende der 40er-Jahre dazu, Entscheidungsträger aus Wirtschaft und Gesellschaft von den Vorzügen der amerikanischen Wirtschaftsweise zu überzeugen.

Im Fall von Hans Stetter scheint diese Absicht nur in Teilen zum Erfolg geführt zu haben. Er beteiligte sich 1950 nämlich ebenfalls an einer Delegation des Stuttgarter Gemeinderates, die Dresden besuchte und die damals viel Wirbel verursachte, weil eine offizielle westdeutsche Delegation die – staatlich nicht anerkannte – DDR bereiste. Stetter wiederholte in seinem Reisebericht vor dem Gemeinderat zwar auch das in Sachen Bombardierung Dresdens unausweichliche „war das wirklich notwendig“.⁹⁰ In erster Linie aber nutzte er fortschrittliche Entwicklungen in der DDR als argumentative Ressource für die Beeinflussung der Politik in der noch jungen BRD, sowohl in Sachen Entnazifizierung als auch für die Sozialpolitik: „Ich habe den Eindruck gewonnen, daß durch die Ostzone wirklich ein reinigender Sturm gefegt ist, der, vom Standpunkt der arbeitenden Menschen aus betrachtet, vieles mitgerissen hat, mit dem wir uns heute im Westen noch mühsam herumschlagen müssen. Ich kann mir nicht denken, daß es in der Ostzone einen Fall Hedler⁹¹ oder Remer⁹² gibt. [...] Die gesellschaftlichen Veränderungen im Osten kann man nicht dadurch ungeschehen machen, daß man die Augen davor verschließt. Man kann ihnen nur begegnen, indem man die notwendigen politischen Konsequenzen daraus zieht. Besonders beeindruckt hat mich die Regelung der So-

90 Zit. nach einer Broschüre der KPD, die aus Auszügen aus dem Reisebericht vor der Gemeinderatssitzung vom 17. Februar 1950 zusammengesetzt wurde: KPD (Hrsg.): *Der Wahrheit eine Gasse*, Stuttgart 1950 (AdsD, 6/FLBL003109). Zu den Hintergründen der Frage nach „Notwendigkeit“ oder Barbarei der Bombardierung Dresdens siehe Henning Fischer: ‚Erinnerung‘ an und für Deutschland. Dresden und der 13. Februar im Gedächtnis der Berliner Republik, Münster 2011, S.58-81.

91 Wolfgang Hedler, MdB für die DP (Deutsche Partei) hatte am 26. November 1949 in Neumünster zynisch darüber spekuliert, ob die „Vergasung“ wirklich die einzige Möglichkeit gewesen sei, sich der Juden zu entledigen. Im Prozess wegen Verleumdung und Verunglimpfung wurde er in erster Instanz am 15. Februar 1950 freigesprochen. Hedler wurde nach weiteren Unverschämtheiten bei seinem nächsten Bundestagsbesuch am 10. März 1950 des Hauses verwiesen. Als er dem nicht nachkam, wurde mit Fäusten nachgeholfen (u.a. durch Herbert Wehner). Siehe Detlef Korte: *Der Hedler-Skandal 1949-53*, in: *Jahrbuch Demokratische Geschichte*, Bd. 9, 1995, S.275-292.

92 Otto Ernst Remer war 1949 prominenter Mitbegründer der nationalsozialistischen Nachfolgepartei „Sozialistische Reichspartei“ (SRP), siehe z. B. Clemens Gussone: *Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland*. Die Veröffentlichungen Otto Ernst Remers, unveröff. Magisterarbeit, Berlin 2011, insb. S.19-30.

zialversicherung in allen ihren Zweigen. [...] Ganz besonders berührt hat mich, daß Versicherte, die in Erholung oder in ein Heilbad geschickt werden, bis zur Dauer von drei Monaten den vollen Lohn weiter erhalten.“⁹³ Folgerichtig machte er sich fortan auch für den Ausbau der Sozialversicherung im Westen stark, z. B. indem er – neben seiner Gewerkschaftsfunktion und seiner Ratstätigkeit – ehrenamtliche Funktionen in den verschiedenen Selbstverwaltungsgremien „auf sozialpolitischem Gebiet“ übernahm, zum Beispiel bei der Landesversicherungsanstalt (LVA) oder der Allgemeinen Ortskrankenkasse (AOK).⁹⁴

Stetter verschweigt in seiner kurzen autobiografischen Schrift allerdings einen Posten als Mitglied des Verwaltungsrates der Girokasse Stuttgart, der ihm eine Nebenrolle als Mitangeklagter in den ab 1951 stattfindenden Klett-Bürkle-Prozessen einbrachte. Bei diesem Skandal – einem der größten in den ersten Jahren der BRD – ging es um die leichtfertige Vergabe von ungedeckten Krediten in Höhe von damals sehr beträchtlichen acht Millionen DM. Diese Gelder gingen an den dubiosen Geschäftsmann Willy Bürkle, der gute Kontakte zum damaligen Oberbürgermeister Stuttgarts Arnulf Klett unterhielt.⁹⁵ Klett hatte als Vorsitzender des Verwaltungsrats der Girokasse Stuttgart seit dem Jahr 1948 ungedeckte Kredite, deren Höhe sich stetig steigerte, an Willy Bürkle vergeben. Während Klett und drei weitere Personen, unter ihnen Stadtkämmerer Josef Hirn, rechtskräftig verurteilt wurden, wurde das Verfahren gegen Hans Stetter und viele andere Verwaltungsratsmitglieder, die Teile dieser Kredite geduldet hatten, eingestellt.⁹⁶ Der Prozess schlug große Wellen und war noch Jahre später Gegenstand bundesweiter Berichterstattung.⁹⁷

Innerhalb weniger Jahre war Hans Stetter, das Kind aus dem Armenhaus, der kommunistische Schreiner, der Revolutionär und Ankläger gegen die falsche Demokratie der Besatzungsmächte in eine andere Lebenswelt geraten. Hatte er die Vorgänge zwischen Klett und Bürkle tatsächlich nicht bemerkt? Verstand er die Semantik der Vetternwirtschaft nicht? Oder verwandelte sich die erlernte politische Solidarität in diesem Kontext in undifferenzierten Korpsgeist? Hat er im fortgeschrittenen Lebensalter für

93 AdsD, Flugblatt 6/FLBL003109.

94 Siehe Stetter, *Leben*, S.31.

95 Zum Klett-Bürkle-Skandal exemplarisch: *Der Spiegel*, 24.3.1954: www.spiegel.de/spiegel/print/d-28955619.html (Zugriff: 2.1.2013).

96 HStA, EA 4/403 Bü109.

97 Etwa wiederum im *Spiegel* am 6.4.1960, siehe www.spiegel.de/spiegel/print/d-43065297.html (Zugriff: 2.1.2013).

ein Leben ohne persönliches Elend – vermeintlich notwendigerweise – ein Auge zugeedrückt? Dass Hans Stetter 1958 mit dem Bundesverdienstkreuz erster Klasse ausgezeichnet wurde,⁹⁸ ist wohl eher ein Argument für die zweite Variante, auch kannte er Klett und Hirn aus seiner kommunalen Arbeit, und sie alle drei waren Teil der besagten Dresden-Delegation gewesen. Seine ansonsten politisch konsequente Biografie jedoch spricht eine gänzlich andere Sprache. Möglicherweise könnten weitere Prozessunterlagen Aufschluss darüber geben, ob auch bei Hans Stetter das Verhältnis von Sein und Bewusstsein im beginnenden Wirtschaftswunder eine Rolle gespielt haben könnte oder ob er von den Mausecheln einfach nichts gewusst hat.

Im Jahr 1959, mit fast 75 Jahren, schied Hans Stetter aus dem Gemeinderat aus, setzte sich zur Ruhe und verstarb am 10. November 1963.

Ein Nachruf charakterisiert Hans (Johannes) Stetter als „eine der markantesten Persönlichkeiten in der Gewerkschaftsbewegung“,⁹⁹ und tatsächlich finden sich im Laufe des Lebens mehrere Begebenheiten, bei denen es harte Auseinandersetzungen um seine Person und die damit verbundenen politischen Positionen gegeben hat. Es ist davon auszugehen, dass der Mann mit dieser wechselvollen Geschichte und seinem großen öffentlichen Engagement in der Stuttgarter Bevölkerung einen hohen Bekanntheitsgrad besaß. Trotz seiner Beliebtheit, die sich in Wahlergebnissen und vielfachem Zuspruch der Basis dokumentierte, blieben sein Wirkungsfeld und die Erinnerung an ihn regional beschränkt, nicht zuletzt, weil er – wie so viele seiner politischen BegleiterInnen – über viele Jahrzehnte seine Überzeugungen einer Karriere vorzog.

98 Siehe Zum Tod von Hans Stetter, in: Stuttgarter Nachrichten, 12.11.1963, S.17.

99 Zum Tode von Hans Stetter. Ein verdienter Politiker und Gewerkschafter, in: Stuttgarter Zeitung, 13.11.1963, S.22.